



Franz Steiner Verlag

FRANK UEKÖTTER

Atomare Demokratie

*Eine Geschichte der Kernenergie
in Deutschland*

Frank Uekötter

Atomare Demokratie

Frank Uekötter

Atomare Demokratie

Eine Geschichte der Kernenergie
in Deutschland



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2022

Einbandgestaltung: deblik, Berlin
Lektorat: Maike Specht, Berlin
Satz: Dörlemann Satz, Lemförde
Layout und Herstellung durch den Verlag
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
Druck: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
Printed in Germany

ISBN 978-3-515-13257-2 (Print)

ISBN 978-3-515-13260-2 (E-Book)

Inhalt

Vorwort	9
1. Showdown in Brokdorf. Perspektiven einer neuen Demokratiegeschichte	13
2. Am Schwanz des Drachens	50
2.1 Physiker	50
2.2 Großforschung	54
2.3 Die Bombe	58
2.4 Goldenes Zeitalter	64
3. Planen, Verhandeln, Bauen	72
3.1 Gründerzeit	72
3.2 Versuchsreaktoren, Leistungskraftwerke, Brüter	79
3.3 Nuklearer Tribalismus	87
4. Krisenjahre	98
4.1 Energiefragen	101
4.2 Wyhl	107
4.3 Bunte Truppen	115
4.4 Widerstand	126

5. Krisenmanagement	139
5.1 Zwang zum Handeln	139
5.2 Enter Justitia	159
5.3 Denkpause	165
6. Eine Art Parallelversuch. Die Atomgeschichte der DDR	179
6.1 Am Anfang war der Bergbau	183
6.2 Sowjetische Reaktoren	188
6.3 Ausbaupläne	194
6.4 Abwicklung	201
7. Von Freunden verlassen, von Feinden umzingelt	207
7.1 Wende	211
7.2 Protest in Permanenz	225
7.3 Aus Tschernobyl lernen	241
7.4 Von Energiefragen zu Identitätsfragen	249
8. Der lange Abschied	256
8.1 Auftragsstopp	259
8.2 Treibhauspolitik	267
8.3 Exit	272
8.4 Restbestände	286
Zusammenfassung:	
Aus dem Leben einer Verhandlungsdemokratie	291
Historiographisches Nachwort:	
Atome für die Zeitgeschichte	306
Atomkraft in Deutschland. Eine Chronologie	318
Anmerkungen	323
Liste der erwähnten Kernkraftwerke	366
Register	368

Für Joachim Radkau

Vorwort

Am Anfang dieses Projekts stand ein Plakat, das vor vier Jahrzehnten im Schaukasten der Abteilung Physik eines westfälischen Gymnasiums hing. Es zeigte in übersichtlicher Form, wie vorteilhaft und sicher die Atomenergie sei. Wer als Bundesbürger um 1970 geboren wurde, kam um die Beschäftigung mit der Kernkraft nicht herum, und das Plakat blieb glücklicherweise nicht das Ende meiner Lernkurve. Irgendwann lernte ich auch, meine anfängliche Faszination als naturwissenschaftlich verengte Perspektive zu verorten. Physiker waren besonders anfällig für die Magie der nuklearen Technologie, weil sie meist von der Theorie her dachten. Es ging bei der Atomkraft jedoch nicht nur um physikalische Prinzipien, sondern auch um Energie und wirtschaftliche Macht, um Rechtsstaatlichkeit und demokratische Kontrolle, um den Status von Experten und um die grundsätzliche Frage, was eine so folgenreiche Entscheidung wie der Einstieg in die atomare Stromerzeugung mit der Seele einer offenen Gesellschaft anstellt. Die Geschichte der Atomkraft dreht sich um weitaus mehr als die Frage, woher der Strom in der Steckdose kommt.

Dieses Buch basiert auf Recherchen in deutschen Archiven und Bibliotheken, wurde jedoch größtenteils im englischen Birmingham

geschrieben. Das ist nicht bloß von persönlichem Interesse, weil man als Deutscher in Großbritannien kaum ohne gewisse Neidgefühle auf die bundesdeutsche Atomgeschichte schauen kann. In meiner neuen Heimat gibt es keinen Atomausstieg, sondern ein atomares Bauprojekt in Somerset, das bereits für seine Verzögerungen und Kostenüberschreitungen notorisch ist und dank Garantiepreisen sündhaft teuren Strom produzieren wird. Hinkley Point C ist nicht das erste Debakel der britischen Atomgeschichte. Davor gab es die Pleite von British Energy 2002, eine Menge Atombomben, 20 ausgemusterte U-Boote mit Atomantrieb, die auf die Entsorgung warten, reparaturanfällige Magnox-Reaktoren, die die Briten in den fünfziger Jahren als Exportschlager konzipierten und dann genau zweimal ins Ausland verkauften, sowie 1957 einen Brand in einem Reaktor in Windscale, der im Wissen um das Explosionsrisiko mit Wasser gelöscht wurde. Wenn das schiefgegangen wäre, gäbe es heute im Norden Englands eine unbewohnbare Sperrzone.

Vor diesem Hintergrund wirkt der bundesdeutsche Atomausstieg wie eine ziemlich gute Idee – und zwar auch dann, wenn man keine Angst vor Radioaktivität und strahlenden Altlasten hat und einfach auf die ökonomische Bilanz schaut. Wenn man den Weg zum Atomkonsens analysiert, wird das Bild noch freundlicher. Es sei hiermit offen ausgesprochen: Dieses Buch analysiert letztlich eine Erfolgsgeschichte der bundesdeutschen Verhandlungsdemokratie. Es ist durchaus ein Beleg für die Leistungsfähigkeit einer Demokratie, wenn sie in der Lage ist, nach jahrzehntelangem Streit einen breiten Konsens zu finden, und das war nur der letzte Schritt in einer langwierigen Auseinandersetzung, in der die Bundesrepublik in mehr als einer Hinsicht am Abgrund balancierte. Die Geschichte der bundesdeutschen Atomkraft ist die Geschichte einer verhinderten Eskalation bei Protesten, nuklearen Risiken, Forschungsprojekten und Bauprogrammen. Der entscheidende Trumpf waren die Mikroprozesse der bundesdeutschen Demokratie, die sich in zahllosen Verhandlungen und Gesprächen dokumentierten und die in ihrer Gesamtheit dazu führten, dass politische Lösungen in Reichweite kamen. Es gab die couragierten Entscheidungen verantwortlicher Politiker – Merkels Kehrtwende nach Fukushima war keineswegs die erste –, aber diese Entscheidungen basierten auf

Voraussetzungen, die erst einmal durch das Mühlwerk der bundesdeutschen Diskursgemeinschaft geschaffen werden mussten.

Erfolgsgeschichten sind gewöhnlich nicht das, womit sich eine kritische Zeitgeschichte zu profilieren sucht. Aber wäre historiographisch wie politisch irgendetwas gewonnen, wenn man den Begriff zum Tabu erklärte? Inzwischen dürfte deutlich geworden sein, dass eine rein ethisch-moralische Begründung der Demokratie nicht mehr ausreicht. Im 21. Jahrhundert haben demokratische Regime nur dann eine Chance, wenn sie immer wieder ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Im Übrigen kann ich umso leichter von einer Erfolgsgeschichte sprechen, als ich an gleicher Stelle vor zwei Jahren ein Buch veröffentlicht habe, in dem die bundesdeutsche Verhandlungsdemokratie spektakulär Schiffbruch erlitt. *Der deutsche Kanal* ist die Komplementärmonographie zu diesem Buch, und es ist durchaus mehr als Eigenwerbung, wenn ich beide Bände zur parallelen Lektüre empfehle. Es geht hier nicht um ein Erfolgsmodell, sondern um eine ziemlich anspruchsvolle Art, die Idee der Demokratie mit Leben zu füllen. Im Moment ist es die einzige Möglichkeit demokratischen Regierens, die den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung steht. Deshalb möchte dieses Buch am Beispiel der Atomenergie aufzeigen, wie das funktionieren kann, welche Voraussetzungen und Folgen das hat und was dabei alles schiefgehen kann.

Die Idee zu dieser Monographie geht auf eine Tagung am Deutschen Technikmuseum Berlin im Oktober 2017 zurück. Die Recherchen begannen 2019 mit Unterstützung eines Scholar-in-Residence-Fellowships am Forschungsinstitut des Deutschen Museums in München. Danach entwickelte sich die Archivarbeit zu einem pandemischen Hindernislauf. Deshalb gilt mein besonderer Dank den Mitarbeitern der Archive in München, Hamburg, Schleswig, Koblenz, Berlin, Freiburg, Gummersbach, Essen, Hannover, Lüchow und Bonn, die ihre Bestände unter teilweise schwierigen Bedingungen zugänglich gemacht haben. Wertvolle Hinweise verdanke ich Kolloquien in Bielefeld, Potsdam, Aachen, Marburg und Münster. Michael Eckert, Astrid Mignon Kirchhof, Knut Kübler, Anne Sudrow und Ursula von Thadden haben das Manuskript ganz oder teilweise gelesen und kommentiert. Thomas Schaber vom Stei-

ner Verlag danke ich für die gute Zusammenarbeit, Maike Specht für das gründliche Lektorat des Manuskripts.

Jenseits der Worte ist mein Dank an Johanna und Simona, die jeweils unterschiedliche Zugänge zu diesem Buch hatten. Meine Tochter Johanna wünschte, dass ich einen Drachen erwähne. Das ließ sich machen. Ihre Mutter Simona hat im Studium errechnet, dass Atomkraftwerke günstigeren Strom produzieren als Kohlekraftwerke. Das warf größere Probleme auf als die Sache mit dem Drachen. Sie errechnete das glücklicherweise nicht aus Überzeugung, sondern weil sie sonst ihre Elektrotechnik-Klausur nicht bestanden hätte. So war das, wenn man um 1970 geboren wurde. Man kam um die Atomkraft nicht herum.

Wie aber danke ich dem Mann, der weithin als Doyen der bundesdeutschen Atomgeschichte anerkannt ist? Inzwischen sind drei Jahrzehnte vergangen, seit ich im Wintersemester 1991/92 den Kurs »Technikkritik und Umweltbewusstsein« bei Joachim Radkau an der Universität Bielefeld besuchte. Daraus entstanden ein Auslandsstudium, zwei Qualifikationsschriften, diverse Drittmittelanträge, zahllose Diskussionen und eine anhaltende Freundschaft, die weit über akademische Dinge hinausgeht. Radkau war Schüler von Fritz Fischer und widmete ihm eines seiner Bücher zum 90. Geburtstag. Er selbst ist jetzt ein paar Jahre früher dran. Danke für alles, Jochen!

1. Showdown in Brokdorf.

Perspektiven einer neuen Demokratiegeschichte

Es dämmerte in der Wilstermarsch, als Polizeihauptkommissar Michaelis den Sanitätskoffer auspackte. Demonstranten hatten den Maschendrahtzaun um den Bauplatz des Kernkraftwerks Brokdorf auf 50 Meter Länge heruntergerissen, ein paar hundert Menschen waren durch das Loch geströmt und schlugen auf dem Bauplatz ihre Zelte auf. Polizei und Werkschutz hatten diesen Bauplatz vier Tage zuvor notdürftig gesichert und schauten nun ohnmächtig zu. Michaelis war Führer einer Einsatzhundertschaft aus Hamburg, und einer der Züge unter seinem Kommando hatte vor dem Zaun Stellung bezogen. Das Loch war ganz in der Nähe, aber sein Zug wurde von aggressiven Demonstranten umzingelt, und der Einsatz von »Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt« verbat sich für Michaelis, weil »die Störergruppen von Frauen mit Kindern unterschiedlichen Alters durchsetzt waren«. So griff der Kommissar zum Verbandsmaterial. »Um die Aggression gegen die eingeschlossenen Polizeikräfte abzubauen, bot ich mich den Störern als Erste-Hilfe-Station an«, schrieb er in seinem Bericht über den Einsatz am 30. Oktober 1976. Es war ein Angebot, das nicht unbeachtet blieb. »Einige verletzte Personen wurden dann auch von uns verbunden. Diese Maßnahme war äußerst wirkungsvoll und wurde ergänzt

durch ständige Diskussionen zum Thema ›Atomkraftwerke ja oder nein‹.«¹

Es war kein Damaskuserlebnis, das dem Polizeihauptkommissar in der Wilstermarsch widerfuhr. Drei Stunden später befahl Michaelis die Räumung des besetzten Geländes, und zwar auf eigene Faust. Zuvor hatte er mit anderen Einsatzleitern gesprochen, bekam jedoch keine klaren Anweisungen. Etwa 1500 Menschen befanden sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Bauplatz, es gab fünf Lagerfeuer und noch mehr Zelte, aber als die Demonstranten durch einen Polizeieinsatz außerhalb des umzäunten Geländes abgelenkt waren, ergriff Michaelis die Initiative. Er setzte Tränengas ein, Polizisten und Werkschutz rückten vor, und einige Beamte griffen zu Schlagstock und Reizgas. Ein Anführer der Besetzer appellierte unterdessen an seine Mitstreiter, sie sollten »sich hinsetzen und von der ›Mörderpolizei‹ verprügeln lassen«. Michaelis ging vor der Räumkette und durchsuchte persönlich die Zelte, als ein Sprecher der Demonstranten behauptete, dass dort verletzte Personen lägen. Er fand in den Zelten jedoch keine Verletzten, sondern nur Schlafsäcke, Plastikplanen, Konserven und »eine mit Milch gefüllte Milchkanne (ca. 25 Liter)«.²

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) schilderte die Ereignisse etwas anders. Ihre Presseerklärung sprach von einem »Polizeieinsatz von unvorstellbarer Brutalität« und forderte Zuchthaus für den Einsatzleiter und den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein. Die Räumungsaktion schilderte die BUU als Einbruch in eine friedliche Idylle: »Ein Zeltdorf wurde aufgebaut und die Bevölkerung begann, die Platzbesetzer mit warmem Tee, Milch und Eßwaren zu versorgen.«³ Auch über das, was nach der Räumung geschah, gab es unterschiedliche Darstellungen. »Das Zeltdorf wurde zusammen mit allen zurückgebliebenen Sachen, darunter auch Kleidungsstücke mit Ausweisen, von der Polizei zusammengetragen und sofort verbrannt«, behauptete die BUU.⁴ Entsprechende Bemerkungen kursierten auch in der Presse, obwohl die Polizei anderes berichtete: »Über 700 Asservate sind in Itzehoe bei der Kriminalpolizeidirektion West sichergestellt worden.«⁵

Das Verhalten der Polizei war freilich nicht das einzige Thema, das die Demonstranten in den folgenden Tagen umtrieb. Ein Teil

der Demonstranten kam aus der linksextremen Szene Hamburgs, und deren interne Rivalitäten spiegelten sich nach der gescheiterten Platzbesetzung in wechselseitigen Vorwürfen. Das Regionalkomitee Wasserkante der KPD-Rote Hilfe veröffentlichte zum Beispiel im Dezember 1976 ein 42-seitiges Heft über Brokdorf, in dem unter der Überschrift »Den Feind in den eigenen Reihen bekämpfen!« in alle Richtungen ausgeteilt wurde. Vertreter von CDU und SPD wollten die Kundgebung nicht direkt am Bauplatz durchführen, sondern auf einer abgelegenen Wiese, Mitglieder von KB-Nord und DKP »forderten die BUU ständig auf, jeden Versuch der Besetzung zu unterlassen«, und dann kam der finale Dolchstoß: Als der Zaun überwunden und die Polizeikräfte zersplittert waren »und mit entschlossenen [sic] Vorgehen der breiten Massen die Besetzung gelungen wäre – in diesem Augenblick begann die D’K’P [sic] und ihnen naheifernd besonders ›eifrig‹ der KBW und auch der KB-Nord zum Abmarsch zu blasen.«⁶

Es ist verlockend, all dies mit dem Abstand von viereinhalb Jahrzehnten in ein gnädiges Licht zu rücken. Die Bilder des Atomprotests gehören zum mentalen Inventar der Bundesrepublik: Demonstranten mit Transparenten, Sitzblockaden gegen Atomtransporte, Wasserwerfer und Hubschrauber im Einsatz gegen mündige Bürger. Nicht selten waren es verstörende Szenen, aber inzwischen betrachtet man sie mit dem Wissen um ein versöhnliches Ende. Die »Schlacht um Brokdorf« haben die Demonstranten verloren, aber der Ausstieg aus der Atomkraft ist beschlossene Sache, und das letzte deutsche Atomkraftwerk soll nach aktueller Planung Ende 2022 vom Netz gehen. Da könnte man es sich einfach machen, einen Toast auf die geglückte Demokratie ausbringen, vielleicht ein paar versöhnliche Worte über die Hitze der Schlacht anfügen und das Thema dann den Kuratoren des kollektiven Gedächtnisses zur weiteren Veranlassung übereignen. Längst hat die Atomkraft einen festen Platz in der bundesdeutschen Meistererzählung der geglückten Demokratie. Heinrich August Winkler erwähnte die Schlacht um Brokdorf bereits vor zwei Jahrzehnten in *Der lange Weg nach Westen*.⁷

Das vorliegende Buch bietet einen Überblick über die wechselvolle Geschichte der Kernenergie in Deutschland. Dabei sollen auch die weniger augenfälligen Aspekte der bundesdeutschen nuklearen

Odyssee angemessen Berücksichtigung finden. Die Atomkraft ist auch ein gutes Stück bundesdeutscher Wirtschaftsgeschichte, sie bietet Einblicke in den Wandel populärer Visionen von Wissenschaft und Technik, sie war Teil des Umgangs mit dem Erbe des Nationalsozialismus und auch ein wenig Kulturgeschichte der Bundesrepublik. Darüber hinaus gibt es jedoch einen Aspekt, der vor dem Hintergrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre besondere Beachtung verdient. Die Geschichte der Kernenergie ist auch ein Lehrstück über Demokratie in Deutschland.

Ein Mikrokosmos der bundesdeutschen Demokratie

Das Reden über Demokratie gehört seit ihren Anfängen zur Bundesrepublik. Das konnte nach der Katastrophe des Nationalsozialismus vielleicht kaum anders sein, und die Erfahrung des Totalitarismus wurde zu einem Leitmotiv der einschlägigen Debatten, das längst auch historiographisch seinen Niederschlag gefunden hat. Mit einem Buchtitel Karl Poppers ging es bei dem politischen Experiment Bundesrepublik um eine »offene Gesellschaft und ihre Feinde«. ⁸ Bedrohungen der Demokratie kamen nach dieser Lesart stets von außen: von unheilvollen NS-Traditionen, von rebellischen Studenten und seit den siebziger Jahren eben auch von Demonstranten gegen Atomkraftwerke. Stets entstanden aus solchen Provokationen lange Konflikte, und für deren Verlauf gab es zwei prototypische Szenarien. Entweder wurde die Bedrohung in mühevollen Auseinandersetzungen niedergerungen, so etwa durch eine selbstkritische Erinnerungskultur, die über mentale und institutionelle Restbestände des Nationalsozialismus triumphierte. ⁹ Oder es gelang, die Provokation in abgeschwächter Form in den Organismus der Demokratie zu inkorporieren wie beispielsweise bei der Jugendrevolte von 1968. ¹⁰ In beiden Fällen zählte die Demokratie am Ende aller Schlachten zu den Gewinnern: entweder durch die Stärkung ihrer Abwehrkräfte oder durch einen Impuls für die Fortentwicklung der offenen Gesellschaft.

Dieses Interpretationsmuster hatte nicht nur den Vorteil, dass sich jede historiographische Beschäftigung mit diesen Konflikten automatisch als Verdienst an der demokratischen Kultur verbuchen ließ. Es sorgte auch für Überschaubarkeit, nicht zuletzt bei den Ak-

teuren: Der Feind stand rechts, auf der Straße oder am Bauzaun. Beim Atomkonflikt lief diese Lesart darauf hinaus, dass sich die wuselige Vielfalt der Akteure in zwei große Lager einsortierte, die sich dann im Zuge der historischen Analyse weiter ausdifferenzieren ließen. Da standen in der einen Ecke die Exponenten des Atomstaats, bestehend aus Großkonzernen, Experten und Politikern, die noch fest an den Fortschritt von Wissenschaft und Technik glaubten. In der anderen Ecke stand eine kritische, umweltbewegte Gegenöffentlichkeit in ihrer ganzen Vielfalt. Meist wusste man in historischen Darstellungen schon nach wenigen Seiten, wo die Sympathien der Verfasser lagen, und bisweilen wurden die Gefühle übermächtig. Bei Dolores Augustine liest man beispielsweise von friedlichen Demonstranten, die Löcher in den Bauzaun von Brokdorf schnitten, als hätte es ein Recht auf Platzbesetzung gegeben.¹¹

Aber ging es im Atomkonflikt tatsächlich nur um den Kampf zwischen Demonstranten und dem nuklearen Komplex? Wer sich näher mit den Akteuren, Argumenten und Interessen beschäftigt, bekommt Zweifel an der Eindimensionalität gängiger demokratiehistorischer Schablonen. Hinter der Frage, ob man für oder gegen Atomkraft sei, verbargen sich weitere Themen. Es ging um Visionen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, um legitime und andere Wege des zivilgesellschaftlichen Protests, um politische Macht und die Macht der Großunternehmen, und in den ersten Jahren schwang in marxistischen Kreisen auch die Hoffnung mit, das Großkapital auf diesem Schlachtfeld zum finalen Kampf zu stellen. Es ging um Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, um Planungssicherheit und wirtschaftliche Macht, und nicht zuletzt ging es auch um die billige Energie, die für moderne Industriegesellschaften unverzichtbar schien. Es gab im Streit um die Atomkraft mehr als eine Konfliktlinie, und diese liefen keineswegs zwangsläufig parallel. Es brauchte auch Entscheidungen in ganz unterschiedlichen Formen: in Gerichtsurteilen, Wahlen, Regierungserklärungen, Verhandlungen und den alltäglichen Entscheidungen der Konsumenten.

Inzwischen erscheint es müßig, den Atomkonflikt entlang der tradierten Linien zu analysieren. Am 30. Juni 2011 beschloss der Bundestag mit breiter Mehrheit das Ende der nuklearen Stromerzeugung in Deutschland, und das ist nur auf den ersten Blick

eine deutsche Besonderheit. In allen Ländern des Westens ist die Atomkraft im Niedergang. Weniger eindeutig ist die Zukunft der Demokratie: Sie ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Ursachen sind seit einiger Zeit Gegenstand einer lebhaften Debatte, in der die Geschichtswissenschaft eine wesentliche Rolle spielt, und dabei agiert sie nicht selten mit einem robusten Selbstbewusstsein. Augenscheinlich ist es manchen Autoren überhaupt nicht unangenehm, Farbe zu bekennen. Wenn es um die Demokratie geht, will man gerne Gewissheit.¹²

Es gibt in der historischen Forschung jedoch auch einen anderen Trend, der freilich in der öffentlichen Debatte weniger Wahrnehmung erfährt. Ein buntes Spektrum von Autoren hat in den vergangenen Jahren herausgearbeitet, dass Demokratie in der modernen Geschichte tatsächlich ein ausgesprochen heterogenes und spannungsvolles Projekt war. An die Stelle einer klaren Vision rückt eine kompliziertere Geschichte ständiger Veränderungen und Konflikte, in der sich lokale, nationale und transnationale Entwicklungen miteinander verflechten. Medienkompatible Narrative über Schurken und Helden werden in solchen Büchern rasch unscharf, und das scheinen die Autoren nicht sonderlich zu bedauern. Ute Daniel hat ihr Projekt sogar ausdrücklich als »postheroische Demokratiegeschichte« tituliert.¹³ Dafür versteht man mit solchen Arbeiten besser, wie vielschichtig eine lebendige Demokratie ist. Es geht dabei um sehr viel mehr als um den Willen des Volkes, den auch Diktatoren und Mächtigen-Autokraten gerne im Munde führen. Nicht zuletzt haben solche Arbeiten das Bewusstsein geschärft, dass jede Demokratie im Schatten der Geschichte operiert, und dieser Schatten wurde im Laufe der modernen Geschichte beständig größer.¹⁴

Auch die bundesdeutsche Demokratie war kein Projekt »aus einem Guss«. Es ging im Alltag der bundesdeutschen Politik auch um Rechtsstaatlichkeit und effiziente Verwaltung, um Wahlkampf und Mehrheitsbeschaffung, um Öffentlichkeit und solide Informationen, um institutionelle und konstitutionelle Regeln und die verschiedenen Quellen politischer Legitimation. Diese Einzelprojekte hatten jeweils eigene Voraussetzungen und Folgen, sie forderten unterschiedliche Menschen und unterschiedliche Verhaltensweisen, und es gab keinerlei Garantie, dass alles tatsächlich zusammenpasste.

Mit anderen Worten: Demokratie ist komplizierter, vielschichtiger und fragiler, als sie in eindimensionalen Erzählungen des Erfolgsmodells Bundesrepublik erscheint.

Die Geschichte des Atomkonflikts ist eine gute Gelegenheit, das Leben einer Demokratie in seiner ganzen Komplexität zu studieren. Das »friedliche Atom« warf Grundfragen des demokratischen Zusammenlebens auf, und es tangierte alle Institutionen, auf denen die offene Gesellschaft basierte: Regierungen und Parteien, Medien und Zivilgesellschaft, Gerichte und Verbände, Wissenschaft und Wirtschaft. Es ging um Visionen und Ängste, um Meinungshoheiten und Protest, um politische und wirtschaftliche Macht, um Konsumgewohnheiten und nicht zuletzt um ziemlich viel Geld. Demokratie lebt vom Gespräch, vom Austausch über Gräben hinweg, sie braucht die Rechtsstaatlichkeit und den Ausgleich der Interessen, die Freiheit des Individuums und die Verlässlichkeit geregelter Verfahren, die Autonomie der Experten und den Wettbewerb auf dem Markt für Ideen und Güter, und nicht zuletzt braucht sie die Gewissheit, dass sich die Menschen bei allen Gegensätzen weiterhin als Mitglieder einer Gesamtgesellschaft verstehen. All dies stand zur Debatte, seit die Kernenergie in den siebziger Jahren zu einem Fixpunkt des politischen Gesprächs wurde. Der Atomkonflikt war ein Mikrokosmos der bundesdeutschen Demokratie.

Die Vielfalt der Meinungen war freilich nur der eine Teil der atomaren Demokratie. Der andere Teil war buchstäblich in Beton gegossen: Die nukleare Kontroverse war auch ein brutaler Zusammenprall zwischen menschlichem Wünschen und Wollen und einer atomaren Technologie mit einem enormen Trägheitsmoment. Nukleare Stromerzeugung brauchte spaltbares Material und eine aufwendige technologische Infrastruktur, und am Ende blieben strahlende Hinterlassenschaften übrig, die sich nicht einfach per Mehrheitsbeschluss aus der Welt schaffen ließen. Der Atomkonflikt vermittelt eine Vorstellung, welche Zumutung die Eigenlogik und Eigendynamik des Materiellen für offene Gesellschaften darstellen.

All dies bedeutet wohlgermerkt nicht, dass man aus der Erfahrung zweier Diktaturen für die demokratische Kultur nichts lernen könnte. Die bundesdeutsche Erinnerungskultur ist eine demokratische Errungenschaft ersten Ranges, die man noch einmal etwas

mehr zu schätzen weiß, wenn man sich zum Beispiel in seiner Heimat mit den spätimperialen Hinterlassenschaften des britischen Rumpfstaaes herumschlagen muss. Aber mit den Lehren aus einer üblen Geschichte kommt man nur bis zu einem gewissen Punkt: Demokratie braucht rote Linien, aber es reicht nicht aus, wenn man sich vor allem auf die Grenzen und die neuralgischen Zonen eines Spielfelds kapriziert. Demokratie wird täglich neu gelebt und dabei immer wieder neu erfunden, und das passiert meist nicht mit der intellektuellen Sauberkeit eines Universitätsseminars, sondern im schmutzigen Alltag an allen möglichen Orten: in der verrauchten WG-Küche, im Polizeiwagen, im Schlamm der Wilstermarsch. Man sollte sich Demokratie nicht zu majestätisch vorstellen, und erst recht sollte man nicht der Illusion erliegen, dass Demokratie irgendwann tatsächlich fertig ist. In einer Zeit, in der viele Menschen ratlos auf die Wut an den Rändern der Gesellschaft starren, könnte der Blick auf die siebziger Jahre helfen, als der Atomprotest weite Teile der politischen Klasse ähnlich ratlos zurückließ.

Die klassische Interpretation des Atomkonflikts führte meist ins südbadische Wyhl. Die Gemeinde am Kaiserstuhl wurde zum Inbegriff des Bürgerprotests und zum Studienobjekt zahlreicher Bewegungsforscher, und später wurde Wyhl in den »Deutschen Erinnerungsorten« als Fixpunkt des kollektiven Gedächtnisses kanonisiert.¹⁵ Diese Einleitung kehrt wiederholt nach Brokdorf zurück, das damit zugleich als komplementärer Erinnerungsort einer neuen bundesdeutschen Demokratiegeschichte vorgeschlagen werden soll. Brokdorf fehlte die moralische Eindeutigkeit, die Wyhl zum gefeierten Ursprung der nuklearen Kontroverse avancieren ließ. Während der Protest in Wyhl friedlich blieb, eskalierte in Brokdorf wiederholt die Gewalt, die Wilstermarsch wurde nicht zu einer Hochburg der Alternativkultur wie das Wendland um Gorleben, der Reaktor wurde allem Widerstand zum Trotz tatsächlich gebaut, und wenn man ehrlich ist, konnte der Norden den Atomstrom auch ganz gut gebrauchen. In Brokdorf verbinden sich die unterschiedlichen Dimensionen des Konflikts: die Auseinandersetzungen am Bauplatz, der Kampf vor Gericht, die atomare Technologie und die Energiefrage, der Dauerstreit unter Gegnern und Befürwortern um die richtige Strategie, der Staat in seinen verschiedenen Inkarnationen

und nicht zuletzt die Frage, wer eigentlich Entscheidungen treffen sollte. Michaelis sollte nicht der Letzte bleiben, der bei der Kernenergie vergeblich nach jemandem suchte, der Verantwortung übernehmen wollte.

Protest

Brokdorf war nach Wyhl der zweite Ort, an dem Zehntausende von Menschen gegen den Bau eines Atomkraftwerks auf die Straße gingen. Es folgten weitere Demonstrationen in Gorleben, Grohnde, Kalkar, Bonn, Wackersdorf und anderen Orten. Es ging gegen verschiedene Projekte, es gab den Massenprotest und Mahnwachen mit einer Handvoll Teilnehmern, es gab lokale Bezüge und transnationale Vernetzungen, und auf jede Aktion folgte eine Kette von Kommentaren. Der Atomkonflikt war auch ein gigantisches Diskursprojekt, das von den Gefahren der nuklearen Technologie über die Gewalt bis hin zu der Frage reichte, wen man eigentlich bekämpfen wollte. Man musste nicht unbedingt Teil des nuklearen Komplexes sein, um ins Visier der Anti-Atomkraft-Bewegung zu geraten. Es reichte schon, wenn man nicht hinreichend engagiert wirkte wie etwa der SPD-Politiker Jo Leinen, der am 10. März 1985 zum Opfer eines Tortenattentats wurde. Das Bild ist heute bei Getty Images verfügbar.

Der Protest gegen die Atomenergie war zu keinem Zeitpunkt eine homogene Bewegung. In Brokdorf kam es bei einer Großdemonstration am 19. Februar 1977 sogar zu zwei getrennten Veranstaltungen an verschiedenen Orten. Der Kampf wurde nicht nur am Bauzaun geführt, sondern vor Gericht, in Veranstaltungen der Evangelischen Akademien und am häuslichen Schreibtisch, wenn zum Beispiel die nächste Ausgabe von *X-tausendmal quer* getippt werden wollte. Es gab die Aktiven, die über Jahrzehnte kämpften, und viele andere, die hier und da mal vorbeischaute. Unter den Demonstranten von Brokdorf befanden sich belesene Marxisten, die im Atomstaat eine Manifestation des staatsmonopolistischen Kapitalismus erkannten, gewaltbereite Chaoten, die für ein paar Stunden Bürgerkrieg spielen wollten, aber auch bußfertige Christen und viele Menschen aus der Region, die Angst vor radioaktiven Strahlen hatten. In Brokdorf meldete sich auch eine maoistische K-Gruppe

zu Wort, die den Monopolkapitalisten »die wirklich sozialistischen Länder, voran die Volksrepublik China« gegenüberstellte: »Unter der Diktatur des Proletariats ist dort der Bau auch nur eines Kraftwerkes, einer Eisenhütte oder einer Chemieanlage verboten, wenn nicht die Frage der nützlichen und umweltfreundlichen Weiterverwertung des Abfalls oder der Abgase gelöst ist.«¹⁶

Die Vielfalt des Protests ist eine Herausforderung für Historiker, zumal es nicht wenigen Aktiven ein Bedürfnis war, das eigene Handeln und die eigenen Motive wortreich zu erläutern. Selbst zum Tortenanschlag auf Jo Leinen gab es ein Flugblatt, in dem das »Kommando ›Oliver Hardy«« ebenso hämisch wie weitschweifig die eigenen Beweggründe darlegte.¹⁷ Zum Atomprotest gehörten flatternde Nerven und fliegende Schlagstöcke, zahllose Flugblätter und Postillen, denen man die Genese in endlosen Gruppensitzungen anmerkte, es gab die Verbissenheit des langjährigen Kampfes und die Resignation, wenn es irgendwann nicht mehr ging, und jede Auswahl steht unvermeidlich im Ruch der Willkür. Die Vielstimmigkeit der Bewegung ist nicht nur ein Darstellungsproblem. Bei selektiver Lektüre lässt sich auch für steile Thesen passendes Belegmaterial finden.

Wer die Vielfalt der Bewegung erfahren will, muss heute nicht mehr ins Archiv fahren. Es gibt eine florierende atomare Erinnerungskultur, häufig von Veteranen des Protests getragen, und oft spricht daraus der Stolz auf den eigenen Beitrag zu einer lebendigen Demokratie. Es gibt Ausstellungen und Zeitzeugengespräche, nicht wenige Veröffentlichungen erreichen wissenschaftliches Niveau, und manchmal gibt es sogar einen Schuss Selbstironie. »Erinnerungen alternder Linker an ihre vermeintliche Glanzzeit sind generell mit Vorsicht zu genießen«, heißt es im Vorwort einer fünfbändigen Selbstdokumentation, die in der »Bibliothek des Widerstands« des Laika-Verlags erschien. »Oft erscheint ihnen Jahrzehnte später manches harmonischer, als es wirklich war.«¹⁸

Der Atomprotest war bunt, und das war nicht der unwichtigste Grund, warum ihm nicht irgendwann die Luft ausging. Es war schließlich nicht von vornherein ausgemacht, dass der Protest über Jahrzehnte lebendig bleiben, und erst recht nicht, dass er am Ende sein Ziel erreichen würde. Es gab in der bundesdeutschen Ge-

schichte mehr als ein Thema, das für einige Zeit die Massen bewegte, aber dann ohne große Folgen verläpperte. Manche dieser Themen brachten deutlich mehr Menschen auf die Straße als die Angst vor dem nuklearen GAU: so etwa der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss Anfang der achtziger Jahre oder die Hartz-IV-Demonstrationen. Es war ein langer Weg vom Bauzaun in Brokdorf zum Bundestagsbeschluss von 2011, und es gab Momente, in denen die Dinge einen anderen Lauf hätten nehmen können. Der Atomprotest hätte sich auch in dumpfen Ressentiments und larmoyanten Klagen über die Ungerechtigkeit der Welt erschöpfen können, so wie dies heute bei rechtspopulistischen Bewegungen zu beobachten ist.

Wenn man vom Atomprotest der siebziger Jahre auf frühere Jahrzehnte schaut, fällt eine emphatische Bewertung leicht. Die Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke waren gewissermaßen die finale Ratifikation einer Fundamentalliberalisierung, die nach gängiger Lesart in »die Zeit zwischen etwa 1959 und 1973/4 als Kernphase« fiel und seither der demokratischen Kultur der Bundesrepublik zugrunde liegt.¹⁹ Kompliziert wird es, wenn man den Blick von Wyhl und Brokdorf in Richtung Gegenwart richtet. Verklärende Protestromantik wirkt unzeitgemäß in einer Gesellschaft, der im Zeichen von Pegida und Corona-Protesten das Rohe, Ungehobelte, Verstörende einer Protestbewegung lebhaft vor Augen steht. Demonstrationen bringen Dinge in Bewegung, ohne dass zwangsläufig ein klares Ziel zu erkennen wäre. Protest ist immer eine Provokation, ein Bündel aus Wünschen und Emotionen, das den Mächtigen entgegengeschleudert wird, und es ist vollkommen offen, ob der Organismus der Demokratie das zu verdauen vermag. Am Zaun von Brokdorf regierten die Wut und die Angst, Gewalt lag in der Luft, und es waren nicht nur Polizisten, die am 30. Oktober 1976 handgreiflich wurden. Kurz bevor Michaelis zum Sanitätskoffer griff, hatten Demonstranten versucht, »durch heftiges Schaukeln ein Gruppenfahrzeug umzuwerfen«, und das scheiterte nur deshalb, weil der Wagen dicht an einer Leitplanke stand. Michaelis blieb ruhig und befahl seinen Beamten über Funk, »aufzusitzen und keine Maßnahmen ohne meine Anweisung durchzuführen«, aber das machte ihn noch längst nicht zum Samariter. Seine Erste-Hilfe-Aktion hatte auch »zur Folge, daß der Hundertschafts-Trupp und der

IV. Zug sich allmählich etappenweise in Richtung B 431 entfernen konnten«. ²⁰

Im Wissen um das Folgende kann man die Aktion deshalb auch als erfolgreiches Täuschungsmanöver bewerten. Aber ob das auch die Absicht des Polizeiführers war, als er das Verbandsmaterial hervorholte? Michaelis hat das keineswegs behauptet – er wollte nach eigenem Bekunden nur eine angespannte Situation entschärfen –, und auch bei der Gegenseite sollte man sich vor nachträglichen Rationalisierungen hüten. Im Vorfeld der Demonstrationen wurde diskutiert und geplant, aber das bedeutet nicht, dass sich hinter jeder Aktion ein klares Kalkül verbarg. Protest entwickelte sich stets auch spontan, Aktive reagierten auf die Polizei, Medienvertreter und das ständige Gespräch mit vielfältigen Mitstreitern, und das verleiht dem Protest eine inhärente Unschärfe, die leicht hinter fein zisierten Analysen von Leitmotiven und Kerngruppen verschwindet. Das macht es auch unbefriedigend, den Atomprotest auf ein Grundgefühl zu reduzieren, wie das Frank Biess in *Republik der Angst* versucht hat. Es gab am Bauzaun auch noch ein paar andere Gefühle – Hass, Trotz, Frust, Solidarität, um nur einige zu nennen –, und leicht werden Akteure bei einer solchen Analyse zu gesichtslosen Trägern emotionaler Regungen, die jenseits von Raum und Zeit zu schweben scheinen. ²¹ In Brokdorf und anderswo handelten Menschen mit Erfahrungen, Wissen und Interessen, und sie dachten nicht nur an ihren Gefühlshaushalt, sondern zum Beispiel auch an ihre Karrieren. Man kann die Langlebigkeit nuklearer Zukunftsträume wohl nur dann verstehen, wenn man bedenkt, dass da Menschen um ihren Arbeitsplatz fürchteten, und das sollte man schon deshalb nicht für illegitim erklären, weil es auf der Gegenseite nicht anders aussah. Auch leidenschaftliche Kämpfer gegen die Atomkraft dachten ab und zu an das eigene Vorstrafenregister und den Radikalenerlass für Bewerber im öffentlichen Dienst.

Der 30. Oktober 1976 war ein ungemütlicher Herbsttag, die Wetterstation am Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel verzeichnete bedeckten Himmel, leichten Regen und eine Durchschnittstemperatur von 5,8 Grad Celsius. Es war kein Vergnügen, bei solchen Bedingungen in der Wilstermarsch zu marschieren, und das ist nicht der einzige Grund, warum die Demonstranten Respekt verdienen. Eine

Demokratiegeschichte, die vom Respekt vor dem zivilgesellschaftlichen Engagement zehrt, ist ja keineswegs grundfalsch, sondern nur ziemlich unvollständig. Der Atomprotest der siebziger Jahre markierte eine Zäsur in den Debatten, die sich seit den fünfziger Jahren um die zivile Nutzung der Atomkraft entwickelt hatten, aber daraus waren ganz unterschiedliche Entwicklungen vorstellbar, darunter auch einige, die der bundesdeutschen Demokratie nicht gut bekommen wären. In jedem Fall mahnt der Respekt vor dem Protest auch zur Zurückhaltung mit simplen Zuschreibungen von Weltanschauungen, teleologischen Verortungen oder psychologischen Interpretationen, die politische und mentale Ordnung suggerieren, wo sie nicht war. Der Atomprotest der siebziger Jahre war divers und dynamisch, und jeder Versuch, ihn in ein klares Interpretationsschema zu pressen, sagt letztlich mehr über die Autoren als über die Sache.

Protest stiftet Unruhe, und das nicht nur unter Historikern und Sozialwissenschaftlern, die nach Modellen für eine komplizierte Wirklichkeit suchen. Michaelis war einer von zahlreichen Polizeiführern, Politikern und Managern, die nach Antworten auf den Unmut suchten, und das keineswegs aus eigenem Antrieb, sondern weil es sein musste: Man steckte da halt drin. So lief der Atomprotest zunächst vor allem darauf hinaus, in der politischen Sphäre einen neuen Möglichkeitsrahmen zu schaffen. Die Demonstranten navigierten in diesem Rahmen jedoch zu keinem Zeitpunkt autonom, und in diesem Möglichkeitsrahmen kam man mit Demonstrationen und Platzbesetzungen nicht allzu weit. Man brauchte auch Argumente und Zuhörer, die für diese Argumente empfänglich waren.

Meinungskampf

Als die Menschen in Wyhl und Brokdorf protestierten, wurde in der Bundesrepublik bereits seit zwei Jahrzehnten über Atomenergie diskutiert, und diese Debatten waren wiederum Teil eines internationalen Austausches von Ideen, Plänen und Technologien. Die wesentlichen Debatten fanden zunächst vor allem innerhalb einer schmalen Funktionselite statt. Seit Hiroshima und Nagasaki gab es populäre Ängste vor der Urgewalt des Atoms, wenig später ergänzt durch ebenso populäre Hoffnungen auf das »friedliche Atom«, aber Entscheidungen wurden meist jenseits des Scheinwerferlichts in

einem engen Zirkel von Politikern, Spitzenbeamten, Forschern und Managern getroffen. In der Bundesrepublik war zunächst nur die militärische Dimension der Kernenergie kontrovers, während die zivile Nutzung auf einem breiten politischen Konsens beruhte. Die Kernenergie galt in der Nachkriegszeit als Schlüsseltechnologie und ultimativer Beweis wissenschaftlich-technologischer Kompetenz, und da musste ein modernes Industrieland wie die Bundesrepublik selbstverständlich bestrebt sein, in der Weltliga mitzuspielen. Diskussionsbedarf gab es lediglich über Prioritäten und Wege, und das war eher ein Thema für Funktionseliten. Im Wissenschaftsteil der *Frankfurter Allgemeinen* wurde zum Beispiel ein langjähriger Streit zwischen den Verfechtern von Natrium- und Dampfbrütern ausgefochten.²²

Das änderte sich mit den Protesten von Wyhl und Brokdorf. Die beiden Reaktorprojekte waren nicht die ersten, die kritische Fragen aus der Nachbarschaft provozierten und die Gerichte auf den Plan riefen. Ein erster Meilenstein der nuklearen Kontroverse war ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 16. März 1972, das auf die Klage einer frühen Bürgerinitiative gegen das Kernkraftwerk Würiggassen an der Oberweser zurückging. Das Würiggassen-Urteil räumte dem Schutz vor den Gefahren der Kerntechnik Vorrang vor der Nutzung ein und forcierte damit die Sicherheitsdebatte.²³ Aber erst als Menschen zu Tausenden auf die Straße gingen, wurde aus diesen Anfängen eine breite gesellschaftliche Debatte, in der alle Träger der öffentlichen Meinung von den Parteien bis zu protestantischen Pfarrern Farbe bekennen mussten.

In der historischen Literatur werden Protest und Meinungsstreit oft miteinander vermischt, als handele es sich um zwei Seiten derselben Medaille. Es lohnt sich jedoch, beides als unterschiedliche Aktivitäten mit jeweils eigener Handlungslogik zu diskutieren. Es war eine Sache, mit Protestaktionen und Platzbesetzungen öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen, aber eine ganz andere, Sympathie und Unterstützung aus weiten Teilen der Bevölkerung zu gewinnen. Es gab nicht viele Bürger, die sich mit einem Reaktorprojekt in der unmittelbaren Nachbarschaft konfrontiert sahen. Es ist auch durchaus offen, ob die Bürger, die in den siebziger Jahren an einer Demonstration gegen ein Atomprojekt teilnahmen, mehr als ein Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung ausmachten.²⁴

Durch die Vermengung von Protest und Meinungsstreit erschien die zivilgesellschaftliche Bewegung größer, als sie realhistorisch war. Zehntausende Demonstranten waren ein respekt-erheischender Anblick, wie Polizeihauptkommissar Michaelis am 30. Oktober 1976 aus eigener Anschauung erfuhr, aber das war noch lange keine politische Mehrheit. Es war ja auch keineswegs so, dass an jedem Wochenende die Massen strömten. Selbst in den Hochburgen des Atomkonflikts gab es erhebliche Schwankungen im Protestniveau. Hinzu kamen die regionalen Unterschiede. Es gab den legendären Gorleben-Treck im Frühjahr 1979, für den die Bäuerliche Notgemeinschaft etwa 400 Traktoren auf den Weg nach Hannover schickte, und später im Jahr versammelten sich etwa 150 000 Demonstranten im Bonner Hofgarten.²⁵ Ute Hasenöhl hat jedoch darauf hingewiesen, dass die Proteste in Bayern vor Wackersdorf wesentlich kleiner waren. Der Höhepunkt waren 10 000 Menschen, die im April 1975 in Schweinfurt gegen das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld demonstrierten.²⁶

Der Widerstand der Straße wirkte zu keinem Zeitpunkt unüberwindbar. Das Gebaren des nuklearen Komplexes spricht in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Es ist kein Zufall, dass an den meisten Schlüsselorten des Widerstands tatsächlich gebaut wurde: Brokdorf, Grohnde, Kalkar, Gorleben, Wackersdorf. Aber war es auch eine gute Idee zu bauen? Im öffentlichen Meinungsstreit waren nicht politischer Wille und polizeitaktische Finesse gefragt, sondern gute Argumente. Man brauchte Orte des Gesprächs, eine Kultur des Zuhörens und eine gewisse Ruhe. Nicht zuletzt brauchte man auch Persönlichkeiten und Institutionen, die das Vertrauen der breiten Öffentlichkeit genossen.

So war der Meinungsstreit geradezu eine Gegenwelt zum Universum des Protests. Das gilt nicht zuletzt in visueller Hinsicht. Eine Demonstration lieferte spektakuläre Bilder, und Aufnahmen der gewalttätigen Auseinandersetzungen fehlen in keinem der einschlägigen Filme. Die endlosen Debatten über Notkühlsysteme, Entsorgungsfragen und andere Themen waren hingegen für die mediale Aufbereitung vollkommen ungeeignet, und das ist kein triviales Problem in einer Zeit, in der sich das kollektive Gedächtnis in einem visuellen Gedächtnis aufzulösen scheint. Zu den Urszenen

der nuklearen Kontroverse gehören auch hitzige stundenlange Gespräche bei dichtem Zigarettenrauch, nur wird es darüber wohl nie einen packenden Film geben. Hinter den Papiermassen, die in den Archiven lagern, verbergen sich zahllose Diskussionen bis tief in die Nacht, und das waren nicht immer Gespräche unter Gleichgesinnten. Zur Geschichte der atomaren Demokratie gehören auch goldene Momente des Dialogs.

Gespräche gehören zum Leben einer Demokratie, und die alte Bundesrepublik entwickelte in dieser Disziplin eine gewisse Meisterschaft. Deshalb verdient es Beachtung, dass sich seit den achtziger Jahren eine zunehmende Verarmung des Gesprächs abzeichnete: Energiefragen wurden zu Identitätsfragen. Es ging in der nuklearen Debatte immer weniger um Entscheidungen, die man gemeinsam treffen musste, und immer mehr um Überzeugungen, die nicht mehr verhandelbar waren, weil sie Teil des eigenen Selbstverständnisses waren – ein Umbruch, der für die gegenwärtige Krise der Demokratie von kaum zu überschätzender Bedeutung ist. In den siebziger Jahren war der Gesprächsbedarf hingegen noch so groß, dass sich selbst ein Polizeibeamter mit Sanitätskoffer die einschlägigen Argumente anhören musste. Die alte Bundesrepublik war auch eine Diskursgemeinschaft, und doch gab es auch in dieser Zeit Dinge, über die man nicht einfach reden konnte. In der nuklearen Kontroverse wurden auch die Grenzen des Sagbaren verhandelt.

Energie

Die Platzbesetzung vom 30. Oktober 1976 blieb in Brokdorf ein singuläres Ereignis. Das lag an der Lernfähigkeit der Polizei. Als am 13. November die nächste Großdemonstration stattfand, hatte sich die Zahl der Einsatzkräfte mehr als verdoppelt, und deshalb blieb der Zaun im zweiten Versuch unüberwindbar.²⁷ Polizeihauptkommissar Michaelis verfügte über sieben Wasserwerfer und eine zusätzliche Hundertschaft aus Rheinland-Pfalz mit dem schönen Rufnamen »Weintraube«, und diesmal parkten die Polizeiwagen hinter dem Zaun.²⁸ Bei den folgenden Protesten vom 19. Februar 1977 richtete die Polizei einen Kontrollpunkt zwischen dem Bauplatz und der nahe gelegenen Stadt Wilster ein, sodass die Demonstranten gar nicht erst in die Nähe des Zauns gelangten.²⁹ Als vier Jahre später die

Großdemonstration vom 28. Februar 1981 anstand, die später durch den Brokdorf-Beschluss zum Versammlungsrecht in die bundesdeutsche Rechtsgeschichte eingehen sollte, bemühte sich die Polizei im Vorfeld auch um zusätzliche Personenzüge für die Rückreise. Es wurde ein Triumph für die Ordnungshüter. »Die durchfrozen und teilweise auch durchnässt zurückkehrenden Demonstranten stürmten förmlich die vorgewärmten Eisenbahnabteile und gaben den einmal gewonnenen Platz nicht wieder auf«, hieß es im Bericht der Polizeidirektion Schleswig-Holstein West. Die geplante Abschlusskundgebung, die per Megafon beworben wurde, musste deshalb ausfallen. So »bildeten die rückflutenden Demonstranten für die Polizei lediglich noch ein Verkehrsproblem«. ³⁰

Ob die unterkühlten Demonstranten darüber nachdachten, woher die Energie für die vorgewärmten Abteile stammte? Die unsichtbare, jederzeit verfügbare Energie ist eine Errungenschaft der Moderne, die in den siebziger Jahren längst zur zweiten Natur der bundesdeutschen Konsumbürger geworden war. Die Elektrizität gehörte seit dem Kaiserreich zum Großstadtleben, und in der Zeit zwischen den Weltkriegen entstand das Rückgrat der großen Verbundnetzwerke. Die Stromproduktion wurde in Großkraftwerken konzentriert, und das machte Projekte wie das Kernkraftwerk Brokdorf, das auf eine Nettoleistung von 1410 Megawatt ausgelegt war, überhaupt erst möglich. Zugleich expandierte die Erdölproduktion, die nach dem Zweiten Weltkrieg für eine Flut von billigem Benzin und Diesel sorgte und sich auch hinter den vorgewärmten Abteilen in der Wilstermarsch verbarg. Die Strecke nach Hamburg war nicht elektrifiziert, und deshalb waren es dieselbetriebene Züge, die dort auf müde Demonstranten warteten. So blieb den Aktivisten immerhin der Gedanke erspart, ob sie vielleicht mit Atomstrom aus den nahe gelegenen Kernkraftwerken Stade und Brunsbüttel nach Hause fahren.

In der Energiegeschichte der westlichen Welt waren die fünfziger und sechziger Jahre die Zeit der großen Sorglosigkeit. Es gab Ölkrisen, aber sie spielten in fernen Ländern, und nie bestand eine reelle Gefahr, dass der Boom der Wirtschaftswunderjahre von einem Mangel an elektrischem Strom ausgebremst werden würde. Es ist nicht unbedingt ein Widerspruch, dass der Einstieg in die



Abb. 1: Brokdorf, 28. Februar 1981: Wasserwerfer im Einsatz gegen Demonstranten. Foto: Guenay Ulutuncok/Bundesarchiv.

Atomkraft in diese Zeit fiel. Man kann sogar die Vermutung wagen, dass die Investitionen in die nukleare Technologie nicht nur in der Bundesrepublik weitaus weniger enthusiastisch ausgefallen wären, wenn es kurzfristige Krisen gegeben hätte, die die Aufmerksamkeit von Stromkonzernen, Politikern und Ingenieuren erforderten. Kernkraftwerke brauchte man nur dann, wenn man auf lange Sicht plante. Die Wirtschaft wuchs, und deshalb lag der Gedanke nahe, dass damit auch die Nachfrage nach Elektrizität steigen würde.

Hamburg war dabei im bundesweiten Vergleich in einer besonders prekären Lage. Es gab in der Nähe weder alpine Wasserkräfte noch Kohle- oder Ölvorkommen, die den Atommeilern eine Konkurrenz bereiten konnten. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte Hamburg sogar auf eine Kanalverbindung zum Ruhrgebiet gehofft, um die Versorgung mit Steinkohle sicherzustellen.³¹ In der frühen Bundesrepublik entspannte sich die Lage auf dem Energiemarkt, aber das änderte sich in den siebziger Jahren, und jeder verantwortliche Politiker wusste, dass man mit Stromsperrern oder explodierenden Preisen ziemlich rasch in den roten Bereich kam. Die Bundesrepublik war auch eine Demokratie von Konsumenten, die nicht nur mit dem Wahlzettel, sondern auch mit dem Lichtschalter und dem Gas-

pedal abstimmt. Vielleicht war sie sogar *in erster Linie* eine Demokratie von Konsumenten?

Die billige, allzeit verfügbare Energie war ein wesentlicher Beitrag zum bundesdeutschen Wirtschaftswunder. Sie ermöglichte das Häuschen im Grünen, die Fernreise im Sommer, die wachsende Zahl elektrischer Geräte und vieles mehr, und mit den Segnungen des Massenkonsums kam die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie: Die sorglose Energie war ein Garant politischer Stabilität erster Güte. Sie war auch etwas, was alle Menschen miteinander verband. Bei allen Trennlinien zwischen Arbeits-, Lebens- und Sinnwelten hingen alle Bundesbürger am gleichen Stromnetz, und das war keine Banalität. Infrastrukturen eignen sich auch deshalb besonders gut als Themen der Demokratieggeschichte, weil sie stets die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt aufwerfen.

Die energetische Sorglosigkeit der Wirtschaftswunderjahre hat sich inzwischen erledigt. Wir wissen heute nur zu gut, dass Energie ihren Preis hat, aber immer noch fällt es uns schwer, über Energie ein ehrliches Gespräch zu führen. Es gibt eine lange Tradition der energetischen Sprachlosigkeit, die sich in den vorgewärmten Abteilen im Bahnhof Wilster ebenso dokumentierte wie heute in der Stromarmut und den Windparks in abstürzenden ländlichen Räumen. Die stille Macht des Verbrauchers ist ein Teil des politischen Spiels, und diese Macht entfaltet auch dadurch ihre Wirkung, dass sie kaum verbalisiert und formal organisiert und deshalb nur sehr begrenzt politisch verhandelbar ist. Auch das ist ein Teil der bundesdeutschen Demokratie.

Der nukleare Komplex

In der Bundesrepublik entstammte die billige Energie einem komplizierten Geflecht von Staat und Privatwirtschaft. Die Stromproduktion lag in den Händen von unternehmerisch agierenden Großkonzernen, die häufig im Besitz der öffentlichen Hand waren und als Gebietsmonopolisten einer gesetzlichen Kontrolle unterlagen. Bei der Atomkraft war der Staat zudem durch Mittel für Forschungseinrichtungen und Versuchsreaktoren in Vorleistung getreten. Der Bau von Kernkraftwerken wurde unterdessen von einem weltweiten Oligopol von Privatunternehmen dominiert, unter denen in der Bun-

desrepublik die Kraftwerk Union, seit 1977 eine hundertprozentige Tochter von Siemens, das weitaus wichtigste war. Auch der Reaktor von Brokdorf wurde von der Kraftwerk Union gebaut. Von außen wirkte der nukleare Komplex nicht selten wie eine Phalanx unbeugsamer Befürworter, wenn nicht gar wie eine tödliche Bedrohung der freiheitlichen Gesellschaft. Auf der Brokdorf-Demonstration vom 19. Februar 1977 sprach Robert Jungk erstmals vom »Atomstaat« – später im Jahr erschien unter diesem Titel ein atomkritischer Bestseller –, und das evozierte nicht zufällig den Gedanken an den NS-Staat.³² Wenn man am Bauzaun stand, wirkte der nukleare Komplex wie ein totalitärer Behemoth. Aber das war stets mehr Mythos als Realität.

In Großbritannien war die Stromwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg verstaatlicht worden, und in Frankreich gab es osmotische Beziehungen zwischen der Bürokratie und dem Staatskonzern *Électricité de France*. In der Bundesrepublik mussten sich die Regierenden hingegen mit einer Handvoll selbstbewusster Großkonzerne herumschlagen, und das war nicht der einzige Grund, warum Verhandlungen in der bundesdeutschen Atomgeschichte eine zentrale Rolle spielten. Die föderale Struktur der Bundesrepublik erforderte eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, hinzu kam ein ungewöhnlich breites Spektrum von Einzelprojekten von der Urananreicherung bis zur Wiederaufarbeitung. Neben den Leichtwasserreaktoren, die heute die Welt der Atomkraft dominieren, wurden in der Bundesrepublik auch andere Reaktortypen gebaut: der Schwerwasserreaktor, der Hochtemperaturreaktor und der Schnelle Brüter. Seit Joachim Radkaus bahnbrechender Habilitationsschrift ist bekannt, wie kurvenreich der bundesdeutsche Weg ins Atomzeitalter war.³³

Mit dem Wachstum des nuklearen Komplexes stellte sich mit zunehmender Dringlichkeit die Frage nach der Kontrolle. Wie konnten Organe und Verfahrensweisen aussehen, die für Sicherheit und Kosteneffizienz sorgten? Alle Atomnationen der Welt sahen sich hier mit enormen Herausforderungen konfrontiert, und es wirkt nicht so, als ob es hier überhaupt ein Erfolgsmodell gibt. Im bundesdeutschen Fall kam noch hinzu, dass die Sozial- und Wirtschaftsordnung eigentlich auf das exakte Gegenteil einer unabhängigen

Kontrolle ausgerichtet war. Das politische System der Bundesrepublik basierte auf einer kollektiven Bereitschaft zur immerwährenden Zusammenarbeit. Vom Wiederaufbau bis zur Sozialpartnerschaft – es gab Interessengegensätze, über die man reden musste, aber zugleich bauten Wirtschaft und Politik darauf, dass letztlich alle am gleichen Strang zogen. Für Demonstranten war der Super-GAU das ultimative Horrorszenario, aber für die bundesdeutsche Politik gab es noch einen anderen Größten Anzunehmenden Unfall: den Kollaps eines Großkonzerns.

Für die Anti-Atomkraft-Bewegung war die Verfilzung des nuklearen Komplexes ein gefundenes Fressen. Zugleich war sie für die Arbeitsfähigkeit der deutschen Atomwirtschaft praktisch unverzichtbar. Der Tribalismus der staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteure hätte auf Dauer leicht zu einer wechselseitigen Blockade führen können, wenn es nicht ein hohes Maß wechselseitiger Verständigung gegeben hätte sowie eine gemeinsame Überzeugung, dass der Atomkraft die Zukunft gehöre. Wenn man von der Rivalität zwischen den Reaktortypen absieht, die fast schon in der Manier von Glaubenskonflikten ausgefochten wurde, gab es im nuklearen Komplex stets ein Bewusstsein, dass letztlich alle im gleichen Boot saßen. Die wechselseitigen Verflechtungen waren eng. Das Atomkraftwerk Brokdorf war zum Beispiel ein Gemeinschaftsprojekt der Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) und der Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK), die 1985 in der PreussenElektra aufging, die wiederum zur VEBA gehörte, die 2000 mit der VIAG zur E.ON fusionierte. Den Anteil der HEW übernahm unterdessen der schwedische Energiekonzern Vattenfall. So entstand ein dichtes Netz von Verträgen und Vereinbarungen, das den politischen Akteuren enge Grenzen setzte. »Eine Kündigung der zwischen HEW und NWK geschlossenen Verträge ist erst 1988 mit Wirkung zum Jahr 1993 möglich«, hieß es zum Beispiel in einem Vermerk der Hamburger Wirtschaftsbehörde vom April 1980. »Etwaige Schadensersatzansprüche an HEW bei einem einseitigen Aussteigen der HEW sind [...] nicht quantifizierbar.«³⁴

Der Vermerk wurde nicht ohne Grund geschrieben. Mehrheitsaktionär der HEW war die Freie und Hansestadt Hamburg, in der seit Jahrzehnten die SPD regierte, und unter den Sozialdemokraten

tobte seinerzeit der Streit um die Atomkraft. Nur drei Tage nach der Schlacht am Bauzaun forderte der SPD-Kreis Hamburg-Nord den Hamburger Innensenator auf, künftig keine Hamburger Polizeikräfte mehr für Einsätze in Brokdorf zur Verfügung zu stellen.³⁵ Die Auseinandersetzungen kamen erst ein knappes Jahrzehnt später an ihr Ende, als die SPD nach Tschernobyl auf ihrem Nürnberger Parteitag für den Atomausstieg votierte. Die Wankelmütigkeit der Politiker war freilich nicht das Einzige, was die Macht des nuklearen Komplexes unterminierte. Das Lager der Atomkraftgegner profitierte auch von Insidern wie Klaus Traube, die irgendwann die Seiten wechselten, und dann gab es da noch eine ganz einfache Frage, die Atommanager in den späten siebziger Jahren ins Schwitzen brachte: Wie viele Atomkraftwerke brauchte man eigentlich?

Im November 1976 zitierte ein Vermerk der Hamburger Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft die offizielle Energieprognose der Bundesregierung, die von einer jährlichen Steigerung des Stromverbrauchs von sieben Prozent ausging. Mit einer solchen Wachstumsrate hätte sich der Verbrauch bis zur Jahrtausendwende etwa verfünffacht, aber das kam den Hamburger Beamten dann doch ein wenig überzogen vor. Sie rechneten mit einem Wachstum von 5,5 Prozent pro Jahr, was mit Blick auf das Kernkraftwerk Brokdorf keinen wesentlichen Unterschied machte: »Kann Brokdorf Anfang der 80er Jahre keinen Strom liefern, wird es einen Engpaß geben, sofern Elektrizität zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten hergestellt werden soll.«³⁶ Vier Jahre später rechnete dieselbe Behörde nur noch mit zweieinhalb Prozent, und da brauchte man das neue Großkraftwerk erst 1987.³⁷ Das Spiel mit den Zahlen ging weiter, und stets ging es dabei um fließende Übergänge von begründeten Annahmen und Eigeninteressen. Nach Angaben von Insidern wurden Zielvorgaben bewusst so definiert, dass sich ein Zwang zu neuen nuklearen Projekten ergab, aber solche Zahlenspiele blieben letztlich folgenlos.³⁸ 1982 wurden in der Bundesrepublik die letzten Kernkraftwerke in Auftrag gegeben, und die Lichter gingen trotzdem nicht aus.

Seit Mitte der siebziger Jahre rutschte der nukleare Komplex in eine Krise, von der wir heute wissen, dass sie der Anfang vom Ende war. Nie wieder entstand in der Bundesrepublik ein Bündnis

von Akteuren, mit dem der Bau neuer Kernkraftwerke in greifbare Nähe gerückt wäre. Aber diese Krise war nicht nur ein Ergebnis des lebhaften Protests. Die Atomwirtschaft hätte sich über den Widerstand einer skeptischen Gesellschaft zweifellos hinwegsetzen können, wenn es denn dafür zwingende Gründe gegeben hätte. Tatsächlich traf sich der Druck von außen mit internen Zweifeln, und wenn Kernkraftwerke wie Brokdorf am Ende allen Bedenken zum Trotz gebaut wurden, dann lag das eher am Trägheitsmoment der Atomwirtschaft. Ein wenig wirkt das Kernkraftwerk Brokdorf wie ein altersschwacher Schwerlastler, der gerade noch so über den Berg kam, und zwar nicht aus eigener Kraft, sondern weil es noch etwas Schwung aus besseren Zeiten gab.

Der Weg zum fertigen Reaktor war in Brokdorf eine lange Hängepartie, aber danach lief es ziemlich gut. Brokdorf ging 1986 ans Netz, und die Anlage entpuppte sich als Leistungsschau der deutschen Atomwirtschaft – was übrigens für die letzten Kraftwerksbauten der Bundesrepublik durchaus typisch war. Ohne große Probleme produzierte die Anlage mit gut 300 Mitarbeitern etwa elf Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr. Als die Anlage Ende 2021 im Zuge des Atomausstiegs vom Netz ging, hatte sie es in 35 Betriebsjahren 21-mal unter die zehn erzeugungsstärksten Kernkraftwerke der Welt geschafft.³⁹

Seit den siebziger Jahren war die deutsche Atomwirtschaft in der Defensive, aber sie hatte ihre Erfolge. Der vielleicht größte lag freilich nicht in Kennzahlen à la Brokdorf, sondern darin, dass dem nuklearen Komplex ein spektakulärer Bankrott erspart geblieben ist. Kein deutscher Großkonzern ist an der Atomkraft zugrunde gegangen, und das ist im internationalen Vergleich keine geringe Leistung. So fehlt es an einem ökonomischen Debakel, wie es die britische Regierung bei der Privatisierung ihrer Atomkraftwerke erlebte. Eine Firma namens British Energy übernahm den Betrieb der laufenden Meiler, ging 1996 an die Börse und war bereits 2002 pleite.⁴⁰ 2016 trat der Finanzchef des französischen Energiegiganten EDF zurück, weil er das betriebswirtschaftliche Risiko des britischen Atomkraftprojekts Hinkley Point C nicht mittragen wollte.⁴¹ Ein Jahr später rutschte die Westinghouse Electric Company in die Insolvenz, ein amerikanischer Hersteller von Kernkraftwerken, den Toshiba ein



Abb. 2: Das Atomkraftwerk Brokdorf im Juni 2016. Foto: Bernhard Ludewig.

Jahrzehnt zuvor für 5,4 Milliarden US-Dollar gekauft hatte, um bis 2030 weltweit 45 neue Reaktoren zu bauen.⁴² Viele Menschen hatten Angst vor einer nuklearen Katastrophe, aber man konnte mit Kernenergie auch nach rein betriebswirtschaftlichen Kriterien Schiffbruch erleiden.

Auch in Deutschland gab es Kernkraftwerke, die weit vor dem geplanten Betriebsende abgeschrieben werden mussten: Niederaichbach, Gundremmingen A, Lingen, Mülheim-Kärlich sowie die DDR-Reaktoren bei Greifswald. Ihr größtes Debakel erlebte die deutsche Atomwirtschaft jedoch im Exportgeschäft. In den siebziger Jahren wurden lukrative Verträge mit Brasilien und dem Iran ausgehandelt, aber die Realität blieb hinter dem vereinbarten Gesamtvolumen von 26 Milliarden DM weit zurück.⁴³ Die iranischen Projekte endeten mit der Islamischen Revolution, und von den acht Reaktoren, die in Brasilien gebaut werden sollten, ist bislang nur einer in Betrieb. Der Bau eines zweiten Kernkraftwerks begann 1984, wurde 1986 unterbrochen und 2010 wieder aufgenommen, und 2017 wurde das Projekt nach einem Korruptionsskandal erneut suspendiert.⁴⁴ Das Design der Anlage entspricht dem Kernkraftwerk, das die Kraftwerk Union in Brokdorf errichtete.

Rechtsstaat

Nach der Großdemonstration vom 19. Februar 1977 fanden zwei Jahre lang nur noch kleinere Aktionen statt. Die größte war ein Autokorso von K-Gruppen am 15. Oktober 1977, an dem nach Angaben der Polizei 1000 Menschen teilnahmen.⁴⁵ Das lag an den Entscheidungen der Verwaltungsgerichte. Am 9. Februar 1977 verhängte das Verwaltungsgericht Schleswig einen vorläufigen Baustopp, der am 17. Oktober 1977 vom Obergerverwaltungsgericht Lüneburg bestätigt wurde.⁴⁶ Vier Jahre lang ruhten die Bauarbeiten, bis das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg am 21. Januar 1981 entschied, »daß die von ihm geforderten Voraussetzungen für die sofortige Vollziehung der 1. Teilerrichtungsgenehmigung nunmehr vorliegen und der Bau auf der Grundlage der 1. Teilerrichtungsgenehmigung fortgesetzt werden kann«. ⁴⁷ Der Protest ließ nicht lange auf sich warten. Am 6. Februar wurden die Bauarbeiten wieder aufgenommen, am 28. Februar gab es die nächste Großdemonstration.⁴⁸

Ganz offenkundig hatten die Verwaltungsgerichte dem nuklearen Komplex eine Atempause verschafft. Man wird allerdings schwerlich einen Richter finden, der dies als ein handlungsleitendes Motiv eingestehen würde. Es waren juristische Probleme, insbesondere der fehlende Entsorgungsnachweis, die als Begründung des Urteils fungierten, und so gehörte es sich ja auch vor Gericht. Seit die Verwaltungsgerichte im späten 19. Jahrhundert geschaffen wurden, um die Bürokratie des preußisch-deutschen Machtstaats zu zähmen, urteilten die Richter mit dem Anspruch, streng nach Rechtslage zu entscheiden, ohne Ansicht der Person und Rücksichten auf politische Wünsche. Der Rechtsstaat folgte ostentativ seinen eigenen Regeln, auch wenn er damit jenseits der juristischen Sphäre auf Verständnisprobleme stieß.

Der Arbeitskreis Politische Ökologie der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, in der der lokale Widerstand organisiert war, zeigte sich jedenfalls unbeeindruckt. Die Urteile hätten die Funktion, »von der politischen Auseinandersetzung abzulenken – die Politiker aus dem Schußfeld zu nehmen – die Auseinandersetzung auf scheinbar neutrale Gerichte zu verlagern und dadurch vom praktischen Widerstand abzulenken«, schrieb der Arbeitskreis im September 1978.⁴⁹ Von Anfang an zeigte sich in der Zivilgesellschaft

aber auch ein enormer Respekt vor dem Rechtsstaat, der seinen vielleicht markantesten Ausdruck in einer spezifisch bundesdeutschen Gandhi-Rezeption fand. Anders als der Mahatma zeigten sich die Kämpfer gegen die Atomkraft ausgesprochen unwillig, für ihre Überzeugungen ins Gefängnis zu gehen.⁵⁰ Die kühle Logik der Juristen zeigte kurzfristig Wirkung, indem sie die Temperatur der Auseinandersetzung ein wenig herunterdimmte und gewisse Grenzen des Akzeptablen definierte, und auf lange Sicht konnte die Bewegung auch vereinzelte Erfolge erzielen. Nur mithilfe der Verwaltungsgerichte konnte das Kernkraftwerk in Wyhl verhindert werden. Die Klagen gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung zogen sich bis 1982 hin, und in der Zwischenzeit war dem Betreiber die Lust auf das Projekt vergangen. Beim Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich gelang nach 13 Jahren gerichtlicher Auseinandersetzungen sogar ein juristischer Coup. 1988 musste der Reaktor nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Netz gehen, weil der Bau kurzerhand aufgrund einer Erdbebenspalte um 70 Meter nach Norden verlegt worden war, ohne die Genehmigungsunterlagen juristisch wasserdicht anzupassen.⁵¹ Danach wurde vor den Gerichten langwierig über eine neue Betriebsgenehmigung gefeilscht, bis Mülheim-Kärlich im Zuge des rot-grünen Atomkonsenses von 2000 schließlich aufgegeben wurde.⁵²

Wer in der bundesdeutschen Atomgeschichte nach den Gewinnern sucht, sollte sich unter den Rechtsanwältinnen umschauen. Vermutlich haben in bundesdeutschen Anwaltskanzleien gelegentlich die Augen gegläntzt, wenn RWE oder VEBA mal wieder um Rechtsbeistand ersuchten. Auf der Gegenseite sah es weniger golden aus. Im Verfahren gegen Mülheim-Kärlich triumphierte der 78-jährige Walter Thal aus Lahnstein am Rhein, der dabei einen Teil seiner Rente verlor. Per Pfändungsbeschluss trieb RWE Gerichtskosten von mehr als 12000 DM ein.⁵³ Im Kampf vor Gericht schenkten sich beide Seiten nichts, denn es ging um milliardenschwere Investitionen. Für den nuklearen Komplex war Rechtssicherheit unverzichtbar, und so mussten immer wieder Juristen ran. Auch beim rot-grünen Atomkonsens ging es am Ende um die Frage, wie weit sich die Laufzeit der Reaktoren begrenzen ließ, ohne dass einer der Stromkonzerne vor Gericht zog.